



Würenlos, 4. Mai 2026

Beilage zur Medienmitteilung

Vernehmlassungsbilanz zur Anpassung Richtplan

Ein Projekt der Superlative unter massivem Rechtfertigungsdruck

Das Vorhaben von Hitachi Energy, in Wettingen einen zentralen Campus für weit über 3'000 Mitarbeitende (3'300 Vollzeitäquivalente) auf gut 10 Hektaren Landwirtschaftsland zu errichten, hat eine der intensivsten raumplanerischen Debatten der Region ausgelöst. Während der Wettinger Gemeinderat das Projekt aufgrund der erwarteten Steuereinnahmen forciert, formierte sich in der Vernehmlassung, die im März 2026 endete, ein breiter und vielschichtiger Widerstand. Die Kritik richtet sich gegen den massiven Eingriff in den letzten grossen Grüngürtel des Limmattals, gegen die absehbare Überlastung der Verkehrsinfrastruktur und dagegen, dass der Kanton raumplanerische Prinzipien und den behördenverbindlichen Sachplan Landschaftsspanne «Sulperg-Rüsler» missachtet.

Stimmen aus Wettingen: Zwischen Skepsis und Bedingungen

Innerhalb der Standortgemeinde ist das Bild gespalten. Während linke und bürgerliche Parteien Chancen sehen, warnen andere vor den langfristigen Folgen für Natur und Finanzen. Besonders markante Kritik kommt von Martin Fricker. Der Fraktionschef der SVP bezeichnet das gesamte Vorhaben als «grössenwahnsinnig» und sieht es als fundamentalen Widerspruch zur nationalen Politik seiner Partei. Er kritisiert scharf, wie langjährige Planungsziele für den Grüngürtel zugunsten wirtschaftlicher Interessen geopfert werden: «Aber sobald der Mammon winkt, fallen alle um wie Windfahnen». Fricker mahnt, dass das Land bereits zu schnell wachse und man der Natur und den Lebensgrundlagen besser Sorge tragen müsse.

Die Ortspartei Wettigrünen gewichtet den Erhalt der Landschaftsspanne «Sulperg-Rüsler» hoch und warnt vor einer schleichenden Erosion des Schutzeffekts. Besonders kritisch bewertet sie die finanziellen Verheissungen: «Jetzt bereits allfällige Erträge sozusagen als Sponsor für die geplanten Investitionen im Schulbereich oder als Schuldenabbauallerheilmittel anzupreisen, erscheint höchst spekulativ 175. Wettigrünen betont zudem die Unwiderruflichkeit des Eingriffs: «Einmal verbautes Ackerland ist für alle kommenden Generationen verloren». Die SP in Wettingen stellt sich grundsätzlich hinter das Vorhaben, knüpft ihr Ja aber an zahlreiche Bedingungen. Besonders besorgt zeigt sich die SP über die Verkehrssituation: «Die bereits stark belastete Strasseninfrastruktur muss vor dem Kollabieren bewahrt werden». Sie fordert deshalb eine schnelle Erschliessung mit einer S-Bahn-Haltestelle.

Nachbargemeinden: Zusammen gegen eine raumplanerische Hauruck-Übung

Die massivste Ablehnung kommt von den direkt betroffenen Nachbargemeinden, die die Lasten des Projekts tragen müssten. Der Gemeinderat Würenlos wirft Wettingen und dem Kanton vor, eine behördenverbindliche Vereinbarung zum Schutz des Grüngürtels bei der erstbesten Gelegenheit über Bord zu werfen. Der Gemeinderat kündigte an: «Würenlos wird alle verfügbaren planerischen und rechtlichen Mittel ausschöpfen, um das Vorhaben in Wettingen zu verhindern». Für Würenlos steht fest: Man lehnt die «Hauruck-Übung» des Kantons ab und favorisiert stattdessen den Standort in der Nachbargemeinde Otelfingen, wo Hitachi Energy auf einem bestehende Industriegelände ansiedeln könnte, das zudem mit der S-Bahn bereits gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen ist.

Angst vor dem Verkehrskollaps hat auch die Gemeinde Neuenhof, die das Projekt ebenfalls ablehnt. Der Gemeinderat befürchtet eine zusätzliche Belastung des bereits an seinen Grenzen stehenden Verkehrsnetzes durch die über 3'000 zusätzlichen Arbeitsplätze.

Verbände: Kritik und Forderungen von Umweltverbänden und Bauern

Pro Natura Aargau bezeichnet den Standort Wettingen raumplanerisch als «hoch sensibel». Geschäftsführer Matthias Betsche macht klar, dass ein solcher Eingriff nur tragbar sei, wenn massiv in die regionale Natur-Infrastruktur investiert werde: «Erst wenn regional mehr Natur-Infrastruktur entsteht als lokal verloren geht, wird ein solcher Eingriff überhaupt tragbar». Die Verbände unterstützen die Ansiedlung nur unter einer Vielzahl von Vorbehalten und fordern einen nachweislichen Biodiversitäts-Mehrwert. Das Projekt gilt für sie als «Testfall» von nationaler Bedeutung für zukünftige Industrieansiedlungen. Die Verbände fordern deshalb eine Teil-Überdeckung der Furttalstrasse. Die Kantonsstrasse, welche die Ein- und Ausfahrt der A1 bildet, soll auf einer Länge von rund 350 Metern überdacht werden.

Der Bauernverband Aargau anerkennt zwar die wirtschaftliche Dimension, akzeptiert aber die Ungleichbehandlung nicht: «Nicht akzeptabel ist jedoch, dass der Landwirtschaft parallel dazu dringend notwendige Entwicklungsschritte erschwert oder verwehrt werden». Der Verband kritisiert, dass für ein Einzelprojekt weitreichende Ausnahmen geschaffen werden sollen, während landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Entwicklung zunehmend eingeschränkt werden.

Politischer Dissens auf Bezirksebene

Interessanterweise weicht die Position der SVP Bezirk Baden deutlich von der kantonalen Parteileitung ab. Die Bezirkspartei lehnt das Projekt ab und warnt vor einem gefährlichen Präzedenzfall: «Wenn wir es Grosskonzernen ermöglichen, an beliebigen Orten Einzonungen zu erwirken, schaffen wir einen Präzedenzfall, welcher weitere Akteure auf den Plan rufen wird“.»

Fazit

Die Vernehmlassung zeigt einen breiten Widerstand, der weit über die klassischen Naturschutzkreise hinausgeht. In Wettingen selbst rüttelt das Projekt an der Glaubwürdigkeit langfristiger Planungsziele, während die Nachbargemeinden fürchten, die Zeche für Wettingens Steuergewinne in Form von Stau und Zerstörung von Naherholungsraum zahlen zu müssen. Die Gegner rüsten sich für langwierige rechtliche Auseinandersetzungen, um den letzten grossen grünen Siedlungstrenngürtel des Limmattals zu erhalten.